

„Der Courier“
Ein Organ deutsch sprechender Canadianer.
Erscheint jeden Mittwoch.

Verantwortlicher: Dr. G. G. G. G.
Redaktion: ...
Abonnementspreis: ...

Das ist die starke Kritik von der Welt.
Wenn neben das, was ihm misfällt,
Einer was Eigenes, Besseres stellt.

Amerika und Europa

Wirtschaftliche Interessen beherrschen die Politik.

Im Vordergrund der heutigen Weltpolitik stehen die weltwirtschaftlichen Fragen. Sie waren schon vor dem Kriege größtenteils maßgebend für die Beziehungen der Völker untereinander und sind es heute erst recht. Denn es bedarf der Anbahnung...

Wesentlich ist in dieser Hinsicht, daß die Direction der amerikanischen Bundes-Reservebehörde kürzlich die Forderung erhoben hat, daß der Dollar als amtliche Währungseinheit für die geplante neue deutsche Notenbank gelten sollte. Die deutschen Finanzfachleute bemerken hierzu, daß die künftige Geldpolitik der Welt...

Die Worte geben zu denken. Sie sprechen nicht nur eine nackte Tatsache aus, sondern auch eine deutliche Warnung an die hohe Verantwortlichkeit Amerikas vor der Weltöffentlichkeit. Denn Amerika verpflichtet. Daran können auch die amerikanischen Finanzgruppen nicht vorbeigehen...

Niederlage der Welfen

Wie im letzten „Courier“ unter „Weltanschauung“ mitgeteilt, haben die Deutschkanadieraner (früheren Welfen) eine Abstimmung eingeleitet, die die Provinz Hannover von Bremen trennen sollte. Die jetzt vorliegenden Wahlergebnisse über die Abstimmung in Hannover beweisen, daß die Deutschkanadieraner eine außerordentlich schwere Niederlage erlitten haben.

In den verschiedenen Wahlbezirken konnten die Deutschkanadieraner die folgenden Stimmzahlen auf sich vereinen: In Hannover 144.000, in Lüneburg 116.000, in Sildesheim 82.000, in Stade 71.000 und in Osterndorf 34.000.

Bei den Reichstagswahlen erzielten die Deutschkanadieraner nur 319.000, also 126.000 Stimmen weniger als bei der Volksabstimmung. Darin liegt an sich nicht etwa ein Anzeichen der Bewegung; der Grund ist darin zu suchen, daß von anderen Parteien Abstützungen zurückzuführen sind.

Die Absicht, die die Deutschkanadieraner erhalten haben, wird in Berlin mit großer Bemerkung aufgenommen. Allgemein erklärt man, daß damit die Partikularen nicht mehr, wie früher, mit der Behauptung arbeiten könnten, in der Abstimmung würde sich zeigen, daß die überwiegende Mehrheit der Provinz für ein selbständiges Hannover sei. Alle Parteien und ihre Zeitungen leben in dem Abstimmungsergebnisse einen Triumph des Einheitsgedankens; die nationalen Zeitungen haben hervor, daß das preussische Ansehen einen großen Sieg errungen habe.

Der zukunftsreiche Norden

Spitzbergen am Nordpol fällt Norwegen zu

Im Laufe dieses Sommers wird Norwegen die Herrschaft über Spitzbergen übernehmen und aus diesem Anlaß sind große Festlichkeiten geplant. Der König von Norwegen wird sich mit dem gesamten Ministerium und einem großen Gefolge nach Spitzbergen begeben, um nach dem feierlichen Beitritt norwegisches Recht und Gesetz herbeizuführen. Die Verwaltung Spitzbergens wird einem neuen Regierungsbeamten in Tromsø und die geistlichen Angelegenheiten dem Bischof der Provinz Haalogaland im nördlichen Norwegen unterstellt werden. Damit werden die Verhältnisse auf der seit vielen Jahren unruhigen Inselgruppe von insgesamt 25.000 Quadratkilometern Flächeninhalt endlich geordnet.

In wirtschaftlicher Beziehung ist die Eingliederung Spitzbergens für Norwegen von größter Bedeutung, denn das Land enthält einen unermesslichen Bodenschatz an Kohle. Bis vor dem Kriege gab es auf Spitzbergen keinen geordneten Bergwerksbetrieb. Es wurde auf riesigen, herrenlosen Gebieten nach Kohle gebohrt und Gruben-

Arbeiter angelegt und selbst bei diesem planlosen Vorgang wurden große Mengen Kohle gefördert, die für die Versorgung von ganz Nordnorwegen ausreichten. Nach dem Kriege übernahm eine norwegische Finanzgruppe eine Anzahl der Unternehmungen und seit dem Jahre 1921 ist auf Spitzbergen der Kohlenbergbau in einem solchen Umfang im Gange, wie man ihn in diesem Polargebiet bei dem mangelnden Sonnenlicht für den Abbau über Tag und bei einem Erdfroßt bis zu 1300 Fuß Tiefe kaum für möglich gehalten hätte.

Spitzbergen ist jetzt in Teilen von ausgebreiteten Bergwerkskolonien besiedelt, in den Kohlenrevieren sind elektrische Kraftwerke und Vorkantlagen als Ersatz des von November bis Februar mangelnden Tageslichtes erbaut, Förderbahnen sind angelegt und der ganze Betrieb wird mit den modernsten Mitteln durchgeführt. Eine einzige Gesellschaft verfügt über ein Kohlenfeld von etwa 500 Quadratkilometern, auf dem drei mächtige Kohlenflöze abgebaut werden. Dieser beschränkte sich der Abfuhr der Kohle auf Norwegen und Dänemark.

Mit der Übernahme Spitzbergens durch Norwegen werden auch geologische Bestimmungen über die Jagd auf Eisbären und andere Wildtiere, Walrosse und Rentiere geschaffen, die bisher Allgemeinut waren.

Weltanschauung

Deutschland

Eine äußerst kritische Lage hat sich im Ruhrgebiet herausgebildet, nachdem die vier Gewerkschaften der Zecharbeiter beschloßen haben, die von Berlin ausgehenden Vermittlungsvorschläge zur Beilegung des Streites zwischen Bergleuten und Zecharbeitern zurückzuweisen. Diese Zurückweisung erfolgte aus dem Grunde, weil in den Vermittlungsvorschlägen keine Befreiungen für die Bezahlung der Arbeiter für geleistete Leberzeit getroffen waren. Die Radikalen legen ihre Zecharbeiter, fort und arbeiten darauf hin, einen Generalstreik im ganzen belegten Gebiet zu inaugrieren. Die Zecharbeiter treten zur Beilegung der Lage zusammen, und allgemein wird angenommen, daß die Vermittlungsvorschläge, die durch den Eingriff des Reichsarbeitsministers Brauns herbeigeführt wurden, ihre Zustimmung geben werden, sobald also die Ausprägung der Arbeiter, da die letzteren nicht in die Vorschläge gewillt, andauern würde. Wohl sind die Arbeiter gewillt, in die Vorschläge gebrachte allgemeine Lohnsanktionen hinzunehmen, doch halten sie an ihrer Forderung der Bezahlung für Leberzeit fest. Wie sie erklären, sind sie bereit, wieder an die Arbeit zu gehen, um es Deutschland zu ermöglichen, seinen Verpflichtungen unter dem Völkerabkommen nachzukommen zu können, zur gleichen Zeit beschuldigen sie indes die Zecharbeiter, die in willkürlicher Weise von der Arbeit ferne zu halten. Die Gewerkschaften der Zecharbeiter haben übrigens die Kohlenarbeiter gewarnt, sich vor der Propaganda der Kommunisten zu hüten, welche darauf abzielt, die Kohlenarbeiter im ganzen Ruhrgebiet zu entfachen. Diese Warnung ist umso notwendiger, als die Ausprägung der Arbeiter zur Verweigerung der Arbeit, die Frauen der Kohlenarbeiter, greifen zuerst zur Sabotage. In Gelsenkirchen stürmten viele Frauen das Rathaus und verlangten die Ausgabe von Lebensmittel. Unter Verletzung der Frauen von Bergleuten drachen in Kottbäumen Urkunden aus, die Polizei mußte eingreifen. Auch in den Bergwerken von Hattungen kamen Ausschreitungen vor. Gleichzeitig mehren sich die „roten“ Gewalttaten. Kommunisten bedrohen in vielen Gegenden die Bergwerke und verhindern Arbeitswillige an der Annäherung an die Schächte. In einem Ort mußte die Polizei eingreifen, als rote Streikbrecher angreifen. In Bochum beschloßen junge Kommunisten, überall Streikposten anzustellen und Arbeiter am Betreten der Zecken zu hindern, sei es auch nur um die Pumpen im Gang zu halten.

Es ist eine Schande für das deutsche Volk, daß es im Innern nicht zur Vermeidung und zum Frieden kommt, während man von außen her immer neue Veleidigungen zugeworfen werden. So haben die französischen Veleidigungsbehörden die Veleidigungsnahme des Düsseldorf-Steinkampfes, in dem eine Ausstellung hätte stattfinden sollen, des Tiergartens, der Kongreßhallen, der Polizeistatue und aller Wohngebäude der Polizisten in Düsseldorf verhängt. Diese Verordnungen wurden getroffen, weil die Stadt Düsseldorf sich weigerte, den Bau einer neuen Artillerielehrer für französische Truppen auszuführen, der nach den französischen Plänen zwei Jahre in Anspruch nehmen würde. „An großen Kathedern“ in dem Falle der Münchener Lehrerin Hermine Schmidt. Die Dame wurde von einem französischen Kriegsgericht in London wegen ihres Liebesbetruges schuldig befunden und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Trotz der durch die letzten Wahlen in Frankreich geschaffenen neuen Lage scheinen die französischen militärischen Machthaber in der Verfolgung ihrer eigenen Gewaltpolitik fortzuführen zu wollen. Dieser Zustand wird immer unerträglich und schreit geradezu nach Beilegung. An eine gewalttätige Lösung ist heute und in absehbarer Zeit nicht zu denken. Folglich bleibt für Deutschland nur der Weg eines friedlich-schiedlichen Ausgleiches mit Frankreich offen. Davon ist nach dem Ergebnis der deutschen Wahlen zu schließen, auch die Mehrheit des deutschen Volkes überzeugt. Die neue Regierungsbildung muß dieser Tatsache Rechnung tragen. Doch noch ein weiterer Umstand bedarf der Berücksichtigung, nämlich die verläufte Opposition auf der Linken und Rechten des neuen Reichstages. Mit den Kommunisten ist keine vernünftige Zusammenarbeit möglich. Deswegen richten sich die Augen der Politiker auf die gemäßigten Kräfte, die die Deutschnationalen Partei, Die Mittelpartei, die Streifenpartei, die gemäßigten Kräfte, die Bayerische Volkspartei, haben insofern ganz unermesslich einen Kontrast mit den Deutschnationalen gewonnen. Die genannten Mittelparteien sind die ein gemeinsames Bekenntnis haben und die Demokraten eingeladen haben, an der Befriedigung ebenfalls teilzunehmen, scheinen geneigt zu sein, eine Befriedigung mit den Deutschnationalen herbeizuführen. Dem ist bereits die Aufstellung eines an den nationalen Programmen voranzugangenen, das so gestaltet werden sollte, daß es auch von den Deutschnationalen angenommen werden kann. Die hiesige Welle regte ferner bei der Regierung an, daß sofort unabhängig vom Dawes-Gutachten Verhandlungen mit der Entente angestrebt werden sollen. Sie sollen das Ziel haben, die Aufhebung des französisch-belgischen Duells im Ruhrgebiet, die Rückkehr der Bergleuten, die Freibräue der Gefangenen und die Räumung derjenigen Teile des Rheingebietes durchzuführen, die ungerührt erzwungen befestigt gehalten werden. Die Entente könnte, wenn sie auf diese deutschen Anbahnungen eingehen würde, die innerpolitische Lage in Deutschland entspannen helfen und dadurch bewirken, daß die Reichspolitik auf dem eingeschlagenen Wege fortgesetzt werden könnte.

Die Entspannung würde nach der Meinung dieser Kreise aus folgenden Gründen eintreten. Die Deutschnationalen erklären in der letzten Zeit wiederholt, daß auch sie nicht abgeneigt seien, auf der Basis der Dawes-Vorschläge weiter zu verhandeln, wenn vorher von der Gegenseite diejenigen Punkte erfüllt würden, die auch die Koalitionsparteien jetzt vor weiteren Verhandlungen aus der Welt zu schaffen wünschen. Die Regierungsfaktionen wollen die Beilegung bereits jetzt durchsetzen, um damit den Deutschnationalen bei weiteren Verhandlungen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ob es zu diesen Schritten kommen wird, ob vor allem die Franzosen und Belgier eine derartige Anregung sich zu eigen machen werden, bleibt vorläufig abzuwarten.

Trotz der großen Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Wirtschaft zu kämpfen hat, macht sie die größten Anstrengungen, um sich ihren alten Platz in der Welt zurückzuerobern. Ein neues Beispiel dafür ist die Technische Messe in Köln. Der Andrang zu ihr aus allen Teilen Europas, ja sogar Amerikas, ist so stark, daß man sich entschließen mußte, sie zu verlängern.

Zwischen dem Staats Braunschweig und dem Herzog Ernst August dem Dritten von Braunschweig kam eine Einigung über die Abfindung zustande. Danach erhält die welfische Familie das Schloss, die herzoglichen Waldungen, die Güter Seimbürg in Hesse, Völsingen und das Gebiet Sarzburg. Sie tritt das herzogliche Stammgut, das herzogliche Museum und die Bibliothek ab.

Der deutschösterreichische Führer Müller hat in Berlin bekannt gegeben, der ehemalige Kaiser Wilhelm II. sei der „Deutschösterreichischen Freiheitspartei“ Audenthorffs und Sillers, den deutschen Politikern, beigetreten. Das klingt doch etwas sehr unglücklich.

Frankreich

Die Niederlage der Poincaré-Regierung nach den letzten Wahlen hat auch ein neues Kapitel des französischen Lebens eröffnet, was den führenden Politikern erregte Sorgen bereitet. Die Lage eines Wechselscharfes ist gerade jetzt für Frankreich höchst wichtig. Die Finanzdefekte, höhere Steuern und die sehr wichtige Anleihe von Morgan hielten der französischen Regierung aus. Wenn eine neue, sozialistische Regierung ausbricht, kann die von Poincaré zeitweilig erlangte finanzielle Stabilität verloren gehen. Morgan und die Finanzindustriellen, die Frankreich unläufig helfen, wollen deswegen über die Politik der nächsten Regierung unterrichtet werden. Diese Bankiers rechnen damit, daß die neue Regierung seinen Staatsschauspiel als Gleichgewicht bringt und wollen jetzt wissen, ob die neue Regierung Zusicherungen über diesen Punkt erneuert. Präsident Millerand unterrichtete den Führer der Radikalfreiheit Herriot über die Verhältnisse, die Frankreich gegenüber P. P. Morgan übernahm, als er den Franzosen eine Anleihe vor dem Zusammenbruch rettete. Millerand will die Haltung seiner Partei zu dem Abkommen mit Morgan kennen lernen, bevor er den Führer der radikalen Sozialisten zur Bildung eines Kabinetts einladet. Poincaré und Painlevé nahmen an der Beratung mit dem Präsidenten teil.

Jugoslawien

Die Unstetigkeit der politischen Lage hat auch auf die Volkswirtschaften in Jugoslawien eine unangenehme Auswirkung. Deren Bedrückung durch die serbischen Machthaber hat in den letzten Wochen bedeutend zugenommen. Besonders die Deutschen und die Ungarn haben unter diesen Verhältnissen zu leiden. Seitdem die deutschen Abgeordneten in der Stupschina sich der Opposition angeschlossen haben, gehen die Serben gegen das Deutschtum in ganz Jugoslawien in der brutalsten Weise vor. Am letzten Sonntag fand in Neu-Verbas ein Vertrauensessen der Partei der Deutschen statt, um zu der von der Belgrader Regierung verhängten Auflösung des Deutschen Kulturbundes Stellung zu nehmen und Beschlüsse zu fassen, die für das Verhalten der deutschen Abgeordneten in der Stupschina maßgebend hätte sein sollen. Die Verammlung wurde bald nach der Eröffnung von einer 40 Mann starken bewaffneten Bande der serbisch-nationalistischen Organisation „Srnos“ überfallen, die auf die wehrlosen Deutschen Schüsse abfeuerte und dann mit Stokmaßen auf sie losgingen. Zwei deutsche Landwirte wurden durch Schüsse schwer, und die meisten der übrigen Teilnehmer der Versammlung durch Messerhiebe verwundet. Einer der Schwerverletzten ist inzwischen im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Der deutsche Abgeordnete Dr. Strauß hat wohl einen scharfen Protest beim Ministerium des Innern eingebracht, aber in dieser Krisenzeit wird derartige Beschwerden keine Beachtung geschenkt. Der nationalistische Serbenverband „Srnos“ hat beschlossen, den Deutschen und Ungarn jede öffentliche Betätigung unmöglich zu machen. Gleichzeitig teilen die Regierungsbürokraten mit, daß die Regierung nach Auflösung der im Kulturbunde vertretenen deutschen Organisationen nunmehr den Befehl zur Auflösung verschiedener ungarischer Verbände erteilen wird, die mit den deutschen Körperschaften Beziehungen unterhalten. In den von Deutschen und Ungarn bewohnten Gebieten Südwestsloveni wurden sämtliche deutschen und ungarischen Amtsbüros ihrer Funktionen entzogen und an ihre Stelle serbische Amtsbüros gesetzt.

Rumänien

Aus Siebenbürgen wird mitgeteilt, daß die rumänische Regierung sich jetzt bereit erklärt, Offiziere der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee in den rumänischen Heeresverband aufzunehmen, und zwar mit höheren Chargen, als sie früher hatten. Bis her hat sich die rumänische Regierung gewögert, österreichische Offiziere in die rumänische Armee einzutreten zu lassen. Außerdem soll auch ehemaligen Unteroffizieren, die in der Armee der Doppelmonarchie gedient haben, der Eintritt in die rumänische Armee erleichtert werden. Die Debreczener Zeitung „Ahtantuli Hirlap“ berichtet, daß in Siebenbürgen die männliche Bevölkerung im stellungspflichtigen Alter bis zu 42 Jahren durch Plakate der Regierung aufgefordert wurde, sich für die Einberufung in Bereitschaft zu halten. Die Zeitung bemerkt, daß Besparungen seit Monaten ein mäßiger Feuerherd sei.

Schweden

In den von Gold und Spiegeln prunkenden Hallen des Stenpalastes treffen sich über tausend Delegationen, die jeden Jahres-Konvent der Kommunisten vertreten. Die heilige Laugung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil es der erste volle Konvent seit dem Tode Lenins ist. Die Parteiführer werden versuchen, alle Streitigkeiten zwischen den einzelnen Fraktionen zu beseitigen. Besondere Aufmerksamkeit sind diesem Konvent in allen Teilen des Landes vorzubereiten und in allen wurde der Regierung die Unterstützung zugesagt. Die heutzutage wichtigsten Fragen, welche zur Beherrschung kommen, sind die jüngsten Finanzreformen, dann der internationale Außenhandel, wobei beabsichtigt ist, das Ansehen des Privatbankens, das angeblich 50 Prozent des Großhandels und 84 Prozent des Kleinhandels kontrolliert, zu verhindern. Die Partei durch Zulassung 300.000 neuer Mitglieder zu stärken; die Ausdehnung der Staatsvolkmacht auf genossenschaftliche Handelsorganisationen; ferner die Stellung der Partei zur Politik der Dritten Internationale in verschiedenen Ländern und lebendige Erziehung der kommunistischen Jugend in den Grundschulen. Die Führer erwarten, daß der Konvent größere Harmonie innerhalb der Partei schaffen und eine gemeinsame Politik in Bezug auf nationale und internationale Probleme fördern wird. Einige politische Experten lagen vorher, daß Leo Trotzki, Volkskommissar des Meeres und der Marine, in dem Konvent eine besondere Rolle spielen wird. Durch neue Anschläge ist die Mitgliederzahl der kommunistischen Partei auf über 600.000 gebracht worden, wovon auf Moskau und Umgebung 74.546 entfallen, 29.000 arbeiten in Fabriken, 16.000 für die Regierung, 12.000 an Universitäten, 9000 in Militär-Instituten usw. Die Bolschewiken behaupten, daß die kommunistische Partei trotz dieser verhältnismäßig geringen Zahl wohl mitande ist, das Land zu regieren, weil sie sich auf die Arbeiter, die nicht zur Partei gehören, unbedingt verlassen können. Von den Parteimitgliedern in Moskau sind nur 30 Prozent Arbeiter und viele repräsentieren ungläubig 23 Prozent der gesamten Arbeiterschaft Moskaus und Umgebung und nur 10 Prozent der Arbeiterschaft in den konsolidierten Sowjetrepubliken. Die Sowjetherrschafft steht also, was die zahlenmäßige Stärke ihrer unbedingten Anhänger betrifft, auf recht mäßigen Füßen. Höchst es einmal im Gefühl zu knistern an, so wird die Bolschewikherrschafft trotz ihrer roten Armee wie ein Kartenhaus zusammenbrechen.

England

Der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht hat neuerdings in London Verhandlungen geführt. Die Londoner Besprechungen drehten sich um die Abschließung eines Handelsvertrages. Dem Reichsbankpräsidenten gelang es nun, eine starke Annäherung zwischen seiner Ansicht und der der englischen Seite vorzubereiten. Man sagt, daß mit dieser Annäherung die Grundlage für einen Handelsvertrag geschaffen sei, dessen Abschluß für Deutschland außerordentlich günstig sein würde. In einem wie hohen Maße die Engländer betroffen sind, in die deutsche Wirtschaft einzudringen und damit ihren Einfluß auf den europäischen Markt zu erweitern, geht aus einer Nachricht hervor, die aus Eindhoven eintrifft. Die Eisenbahn Post teilt nämlich mit, daß die Engländer sich bereit erklärt haben, die thüringische Industrie zu finanzieren, in der der Moogel an Kapital besonders stark ist.

Das englische Unterhaus hat die Vorlage zur Verstaatlichung der Bergwerke des Landes mit 264 gegen 168 Stimmen abgelehnt. Der Gesetzentwurf wurde von dem Mitglied der Arbeiterpartei, Abg. George Henry D. A. L. verteidigt. Er sagte, die Verstaatlichung der Bergwerke sei von den Bergleuten nicht ihrer Generation geerdert worden und der frühere Ministerpräsident Lloyd George habe selbst erklärt, daß die Verstaatlichung nach geschäftlichen Grundsätzen vor sich gehen sollte. Emanuel Schinwell, der parlamentarische Sekretär für das Bergwerkswesen, erwiderte, daß die Regierung, welche sich mit den Prinzipien der Vorlage vollkommen einverstanden erklärt, die Verantwortung für eine solche Maßnahme nicht übernehmen könne, da sie von der Wählererschaft kein Mandat erhalten habe, eine Verstaatlichungspolitik zu verfolgen.

Italien

Die Zusammenkunft von Premier Mussolini mit den belgischen Ministern in Mailand kam zu einem erfolgreichen Abschluß. Die Vertreter beider Völker stimmten überein, daß der Dawes-Bericht ohne Verhinderung angewandt werden muß. Eine Konferenz der Alliierten ist raskom, sobald die Verhandlungen genügend vorgeschritten sind. Dr. Eduard Beneß, der tschechoslowakische Außenminister, ist in Taormina auf Sizilien eingetroffen und hat dem hier zur Zeit verweilenden Präsidenten der Tschechoslowakei, Thomas G. Masaryk, das Abkommen überreicht, das er als einen politischen Vertrag sehen mit dem italienischen Premier Mussolini in Rom abgeschlossen hat. Eine weitere Absicht des Abkommens ist der Regierung in Prag zur Prüfung überfandt worden. Man erwartet, daß der Vertrag binnen fünf Wochen in Rom unterzeichnet wird, und dann wird sein Inhalt bekannt gegeben werden. In Stoff tritt er in dessen Fortschritt nach seiner Ratifizierung durch die Parlamenten beider Länder. Präsident Masaryk prüfte die Bestimmungen des Abkommens und erklärte sich von diesen für zufriedengefügt.

Bereinigte Staaten

Präsident Coolidge sagte Mitgliedern des Senatskomitees für auswärtige Beziehungen bei einer Besprechung im Weißen Hause, seine Haltung zur Frage des Belgierrechts sei unverändert. Die Senatoren, an deren Spitze der Vorsitzende Lodge vom Komitee stand, wollen einen Plan im Einlaß mit der Steigerung des Präsidenten ausarbeiten. Die Vorlage des Repräsentanten Hamilton Hill jr. von New York, die zur Einlösung der Rot unter den deutschen Kindern und Frauen eine Bemittlung von zehn Millionen Dollar vorsieht, welche

Summe in den Ver. Staaten zum Ankauf von Nahrungsmitteln verwendet werden soll, ist nach Ansicht maßgebender Persönlichkeiten im Senatsausschuß endgültig begraben worden. Repräsentant Hill soll selbst zugegeben haben, daß die Vorlage keine Aussicht auf Annahme mehr habe. Der Entwurf wurde bekanntlich im Repräsentantenhaus mit großer Mehrheit angenommen, als er aber an das zuständige Senatskomitee gelangte, weigerte sich dessen Vorsitzender, Senator Lodge, sie zur Beratung kommen zu lassen. Er begründete sein Vorgehen damit, daß die Vorlage angeht auf die starke Opposition im Senat keine Aussicht auf Annahme habe. Von einer Seite wurde auch behauptet, daß die Vertreter J. P. Morgan's und unzufriedene französische Agenten alles aufwänden, um die Annahme der Vorlage im Senat durch Verhinderung zu verhindern. In streifen, die mit dem Weißen Hause in Fühlung stehen, sind bereit, daß Präsident Coolidge für die Annahme der Vorlage ist und daß auch viele bevorzugende Republikaner aus dem Weißen Hause eintreten, doch hat das Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten diesen Wünschen bisher nicht die geringste Beachtung geschenkt.

Der republikanische Senator Ralph V. Howell von Nebraska hat vor einigen Tagen eine andere Vorlage als Ersatz für die Hill-Vorlage eingebracht. Sie sieht eine Anleihe von 25 Millionen Dollars aus dem Bundeshaushalt vor. Die Anleihe soll der deutschen Regierung unter genau festzulegenden Bedingungen über Zinsen und Rückzahlung bewilligt und der ganze Betrag soll zum Ankauf von Nahrungsmitteln in den Ver. Staaten verwendet werden. Nach dieser Vorlage soll sich die deutsche Regierung verpflichten, die Anleihe nach spätestens 50 Jahren zurückzuführen. Die Zinsen sollen 3 1/2 Prozent betragen, und die erste Zahlung der angekauften Zinsen soll spätestens 10 Jahre nach Abschluß des Abkommens beginnen. Ferner wird vorgeschlagen, daß die deutsche Regierung Sicherheit für die Anleihe stellt.

Neu-England

Die British Empire Steel Corporation hat sich an, daß deutsche Käufer einen Kontrakt auf Lieferung von 1.125.000 Tonnen Eisenerz aus den Bergwerken der Storaorator auf Bell Island abgeschlossen haben. Die Lieferungen sollen innerhalb 6 Monaten vollendet sein. Die Beförderung der für Ausfuhr dieses Erzes erforderlichen Menge Erzes nach Europa wird der Anfuhrung zufolge eine Flotte von 20 Schiffen, welche monatliche Reisen unternehmen und Ladungen von durchschnittlich je 10.000 Tonnen befördern, notwendig machen. Die Mannschaften in den Bergwerken werden um die Hälfte erhöht werden.

Japan

Die Konferenzen zwischen dem japanischen Vot. Kato für China, Joidhama, und dem russischen Sowjetminister in den letzten Tagen V. M. Kuroki, die einige Zeit nach dem Abbruch der diplomatischen Unterhandlungen zwischen den beiden Nationen über den Abschluß eines Handelsvertrages und Handelsvertrages in Bezug aufgenommen wurden, sind jetzt beendet, daß man erklären kann, die Verhandlungen seien in dem Stadium einer neuerlichen förmlichen Unterredung getreten. Die beiden genannten Vertreter sind nach ihrer von ihnen festgestellten beabsichtigt worden, einen Vertrag, der in erster Linie die Anerkennung der Sowjetregierung der „Bereinigten Sozialistischen Sowjetrepubliken“ vorziehen würde, abzuschließen, falls eine Einigung über die vielen Fragen erreicht werden kann, über welche zwischen den beiden Ländern Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Deutsche Kunst ist unentbehrlich

Sogar in Frankreich

Deutsche und deutsche Ergebnisse kommen nach Paris und Frankreich zurück und ihre Auswirkung erzeugt immer weniger Protest. Zu erst kam die Kunst. Ein Jahr nach dem Waffenstillstand wurde Wagner in der Oper und bei großen Konzerten gespielt, wobei gelegentlich inländische Auftritte folgten. Solche Szenen würden aber bald auf. Der Vorkrieg, daß Max Reinhardt einige seiner besten Werke in Odeon, einem Staatstheater, darzubieten sollte, erregte in der Deputiertenkammer einen solchen Tumult, daß die Regierung die Aufführungen verboten mußte. Deutsche Baudenkmäler wurden indes ziemlich gut aufgenommen, wenn auch häufig als „deutsche Propaganda“ getadelt. Die Klänge von neuen Beinen, Hüten, Kleidern und andern Vorausgegangenen durch Deutsche erregten unläufig einen kleinen Sturm. Die Kritik verurteilte jedoch, als Handelsinteressen darauf hinwiesen, daß das Land als das ausländische Handelsbraude, das es bekommen könne. Deutsche Kunst war zum ersten Mal die Höhe durch Bilder und Bücher in unabhängigen Salons vertreten. Die Herausgeber mühten sich für ihre Darbietungen Dollars oder Sterling, die Franzosen mochten ihnen jedoch klar, daß das einzige Geld in Frankreich der Franc ist.

Ein Engländerprophet

Portugale sagt entsetzliche Weisheiten voraus

Joao Ferraz, der sich als Prophet ausgiebt, stellt für Portugal und die übrige Welt in diesem Jahr, sowie für die nächsten 20 Jahre entsetzliche Weisheiten in Aussicht. Im vorigen November sagte Ferraz in diesem Lande große Plänen voraus. Die Ueberlebenden im März rechristigten keine Vorauslage. Die Flisse Tagus, Douro und Mondego überfluteten ganze Distrikte, letzten Dörfer und Städte unter Wasser. Kleine Häuser wurden weggerissen, Weinberge und Ernten vernichtet, viele Leben gingen verloren. Jetzt sagt Ferraz, im Vergleich zu dem kommenden Unheil sei dies nichts. Frieden in der Welt werde es erst im Jahre 1945 geben. In diesem Jahr werden weitere Throne gestürzt, schreckliche Erdbeben eintreten, Stürme auf See werden viele Schiffe verlesen. Es gibt Revolutionen, Bürger- und Völkerrriege, hauptsächlich im nördlichen Europa. Zum Schluß fordert er die Leute in der ganzen Welt auf Hände umzubringen oder die Zeitungen werden für die Fälle von Zollauf, die kommen werden, nicht genug Platz haben.

Woher wohl dieser Portugiese seine „Weisheit“ bezieht? Ernt zu nehmen ist der gute Mann gewöhnlich; denn seine Angst vor einer allgemeinen Hungertollwut zeigt die ganze Lächerlichkeit seiner Prophezeiungen.

Die Hoffnung schwanzt in die Ferne
Durch alle Schattungen dieser Zeit;
Der Glaube schwingt sich durch die Sterne
Und sieht das Reich der Ewigkeit.

Soviet-Götter, was beglücken kann
Und Freude macht entzücken;
Es kommt auf Herz und Augen an,
Dah sie, was Glück ist, kugen.